

# Brennt wie Stroh

**Sicherheit** Ein internes Papier der Bauminister fordert strengere Vorschriften für gedämmte Fassaden. Für Millionen Mieter und Hausbesitzer würde es teuer.

Als die Feuerwehr eintraf, stand das Mehrfamilienhaus an der Bolongarstraße in Frankfurt-Höchst bereits in Flammen. Mit mehr als tausend Grad Celsius fraß sich das Feuer durch die Fassade im ersten Geschoss. Aus einer kochenden Restmülltonne war binnen wenigen Minuten ein Großeinsatz geworden – und die Löschkräfte glauben auch zu wissen, warum: Wie so oft in letzter Zeit habe eine großzügig aufgeklebte Isolierschicht aus Polystyrol den Flammen als Nahrung gedient und den Brand beschleunigt wie sonst nur ein Bündel Stroh.

Die Frage, ob Wärmedämmung die Feuergefahr erhöht, beschäftigt nun auch die zuständigen Bauminister in den Bundesländern. Offiziell gilt der Dämmstoff Polystyrol, besser bekannt unter dem Markennamen Styropor, als schwer entflammbar. Die Bundesregierung fördert seinen Einsatz mit milliardenschweren Subventionen. Doch der Frankfurter Brand von Mitte März ist nur der jüngste von mindestens 60 vergleichbaren Fällen der vergangenen Jahre; viele betroffene Hausbesitzer und Mieter sind verunsichert. Und so gaben die Bauminister ihren Fachleuten den Auftrag, auf der Grundlage wissenschaftlicher Studien und eigener Brandversuche einen Leitfaden zu entwickeln, der über mögliche Risiken aufklärt.

Das Ergebnis wird kaum für Beruhigung sorgen, im Gegenteil. Ein Arbeitspapier der „Fachkommission Bauaufsicht der Bauministerkonferenz“ kommt zu dem Schluss, dass die Gefahren offenbar noch größer sind, als die Betroffenen fürchten: Wärmedämmungen mit Polystyrol zeigten „Schwächen bei bestimmten Außenbrandsituationen“.

Die Experten schlagen in ihrem Entwurf für das Merkblatt vor, dass um jedes gedämmte Haus künftig eine Art Schutzzone errichtet wird, um Fälle wie in Frankfurt zu verhindern. „Bei der dauerhaften Lagerung von brennbarem Material und Gegenständen (z. B. Brennholz, Müllcontainer aus Kunststoff) sollte ein Mindestabstand von drei Metern zur Fassade eingehalten werden“, heißt es dort. Eine Alternative sei, Mülltonnen in einer „ge-



Dämmfassade in Hamburg in Flammen  
„Mindestabstand für Autos und Mülltonnen“

schlossenen Einhausung“ unterzubringen. Ob diese „aus Stahl oder Beton“ bestehe, könne dem Hausbesitzer überlassen werden, Hauptsache: „aus nichtbrennbarem Material“.

Geht es nach den Experten, müssten vor mit Polystyrol gedämmten Häusern demnächst sogar Parkverbote eingerichtet werden, um die Brandgefahr einzudämmen: „Kraftfahrzeuge sollten nicht unmittelbar an der Fassade stehen“. Gleiches gelte für das „zeitweise Abstellen von Brandlasten (z. B. Sperrmüll) sowie für Marktbuden“, heißt es in dem Papier weiter.

Die Baufachleute sind zudem der Ansicht, dass es nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre womöglich nicht reicht, sich wie bislang auf Gebäude mit mindestens drei Obergeschossen zu beschränken. Alle Präventivmaßnahmen seien „selbstverständlich auch für Gebäude niedriger Bauhöhen und bei allen brennbaren Fassaden sowohl bei Bestands- als auch bei Neubauten empfehlenswert“, schreiben sie in ihrem Entwurf. Für die Wärmedämmung bei größeren Gebäuden wiederum sollten die Vorgaben dahingehend verschärft werden, dass auf jeder Baustelle ein „in Brandschutzfragen erfahrener Fachbauleiter“ bestellt werden muss.

Mülltonnenverbot, Parkverbot, Brandschutzbeauftragter: Ob sich all diese Punkte im geplanten Merkblatt niederschlagen, müssen jetzt die Bauminister aus den Bundesländern entscheiden. Für die Politiker steht viel auf dem Spiel. Sollten sie die Expertenratschläge übernehmen, käme dies einer Warnung an alle Hausbesitzer gleich: Entweder teure Nachrüstungen oder Finger weg von Wärmedämmplatten aus Polystyrol! Es fällt schwer zu glauben, dass Eigenheimbesitzer bereit sein werden, alle Mülltonnen einzumauern und das Auto um die Ecke zu parken anstatt in der eigenen Einfahrt.

Doch was würde dann aus der Kampagne „Dämmen lohnt sich“, mit der Bund, Länder und Dämmstoffindustrie seit Jahren gemeinsam werben? Styropor ist billiger als vergleichbare Dämmstoffe; sein Marktanteil liegt deshalb bei fast 50 Prozent und steigt ständig an. „Wenn wir unsere Klimaschutzziele erfüllen wollen, dann müssen wir an den Gebäudebestand ran“, sagte kürzlich Baden-Württembergs grüner Umweltminister Franz Untersteller, weshalb er auch nichts davon halte, Styropor zu verteufeln.

Tatsächlich arbeiten Spitzenbürokraten einiger Bundesländer bereits daran, den Wortlaut des Entwurfs zu entschärfen. In einer nervenschonenderen Version ist nun von „Einzelfällen“ die Rede, in denen Styroporfassaden in Brand geraten seien. Und die Sache mit dem Parkverbot fürs Auto taucht hier gar nicht mehr auf.

Alexander Neubacher

FOTO: DR. ZWISCHMANN